

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständiglich bestimmte Blatt.

Postfachnummer
Riesa 1530,
Stadtkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 101.

Freitag, 2. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig, ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Kellamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Erzähler an der Spitze. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Riesner oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die neue Konstellation.

Die neue Konstellation lässt sich die Haltung der deutsch-nationalen Fraktion zur Regierung deutlich erkennen: Hugenberg und seine Anhänger werden jede Gelegenheit benutzen, um gegen die Regierung zu stimmen, die Abtrünnigen unter Wehner und Dergt werden die Regierung weiter unterstützen. Wie es auch mit den Demokraten, wie es früher war, so könnte die Regierung immer, wenn auch mit einer knappen Mehrheit rechnen. Aber die Krise in der demokratischen Partei bringt die Rechnung zu der Überzeugung, daß die kleine Regierungsmehrheit durch den Abfall einer Hälfte der Demokraten von der Regierung, die kleine Mehrheit in eine Minderheit verwandelt und demnach die Lage der Regierung gefährdet ist.

Nach der bisherigen Feststellung unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß sich die demokratische Fraktion in drei Gruppen spalten wird. Eine, die kleinere, wird sich zu der Deutschen Volkspartei oder den Volkserhaltenden Schichten, einer, der größte Teil, dürfte zu den Sozialdemokraten übergehen, und eine Abtrünnige, unter denen sich auch der Führer der Partei Koch-Belzer befinden soll, sollen die Absicht haben, sich der neuen Nationalen Partei anzuschließen. Die Entscheidung wird nach dem demokratischen Parteitag fallen. Es ist ausgeschlossen, daß sich die auseinanderstrebenden Gruppen noch zusammenhalten lassen. Der Teil der Demokraten, der entweder offiziell oder inoffiziell mit den Sozialdemokraten gehen wird, genügt vollständig, um der Regierung die Mehrheit zu nehmen. Die erste Folge des demokratischen Parteitages dürfte die sein, daß die demokratischen Mitglieder aus der Regierung ausscheiden, wenn sie nicht als Fraktionsmitglieder weiter im Amt bleiben wollen.

Die weitere Folge ist das offizielle Verhandeln mit den angrenzenden Parteien, die die Abgeordneten aufnehmen sollen. Weiterbestehen blieben dürfte nur die Jungdemokratische Gruppe, aus der sich mit der Zeit eine neue demokratische Partei herausbilden könnte. Das man vor den letzten Reichstagsentscheidungen und der Vertrauensfrage der Regierung mit den Deutschnationalen zu rechnen, so werden die Demokraten und wird die Spaltung in der demokratischen Partei die größte Aufmerksamkeit beanspruchen müssen. Nicht in den ersten Reichstagsdebatten, die heute begonnen haben, wird sich die Stellung der Regierung nach der neuen Konstellation erkennen lassen, sondern man wird zuerst aus den Verhandlungen über den Etat im Haushaltsauschuss einen Einblick in die neue Mehrheitsbildung erlangen. Man erwartet, daß die Regierung in den Abstimmungen im Haushaltsauschuss bauern in der Minderheit bleiben wird und daß sie sich darauf besinnen werde, das Ostprogramm durchzuführen, um schließlich hier noch einmal die Abtrünnigen zu sammeln. Sie rechnet damit, daß sie das Ostprogramm mit Hilfe der Hugenberghänger durchbringen kann, selbst wenn die linksstehenden Demokraten verfallen, und daß bei der ersten Gelegenheit dann der Rücktritt der Regierung infolge einer Niederlage bei der Staatsberatung erfolgen kann. Die Sicherung des Ostprogramms scheint der Regierung wichtiger, als der Etat, der durch Artikel 48 in Kraft gesetzt werden müßte, wenn nicht vor einer neuen Krise ein Notetat genehmigt werden sollte. Daß es zur Auflösung des Reichstags kommen kann, ist wohl anzunehmen, aber heute nicht mehr so selbstverständlich wie vor drei Wochen. Man will wissen, daß bei einer Demission der jetzigen Regierung und bei einer erfolgten Verabschiedung des Ostprogramms, die stärkste Oppositionspartei, also die Sozialdemokraten wieder mit der Bildung der Regierung betraut werden würden.

Eine Rundgebung des Reichslandbundes.

Verlin. Der Bundesverband des Reichslandbundes hat in seiner Sitzung am Mittwoch beschlossen: Der Reichslandbund spricht allen, die durch ihre Haltung in der politischen Auseinandersetzung der letzten Zeit sich für die Rettung der deutschen Landwirtschaft eingesetzt haben, seinen Dank aus. Sie haben durch Annahme der Agrar- und Finanzgesetze die ersten Voraussetzungen für das vom Minister Schiele begonnene Rettungswerk geschaffen. Bis jetzt ist jedoch nur der Grund gelegt. Ein umfassendes und durchgreifendes Ostprogramm für die bedrohten Gebiete zur Rettung des Ostens, zur Befreiung der Landwirtschaft muß die selbstverständliche Fortsetzung sein. Der endgültige Erfolg hängt entscheidend von der Art der Durchführung des Agrar- und Ostprogramms ab. Diese erfordert umfassende Sachkenntnis, Energie und größte Weisheit. Deshalb muß das Steuer der Agrarpolitik in der Hand des Vertrauensmannes der Landwirtschaft gesichert bleiben. Der Reichslandbund geht dabei von der Überzeugung aus, daß mit einer derartigen Politik der inneren Festigung unseres gesamten Wirtschaftslebens auch die Grundlage für eine wahrhaft nationale Weirichtungspolitik geschaffen wird.

Reichsbahndirektionspräsident Staff gestirbt.

Verlin. (Funkpruch). Heute morgen 7 Uhr verstarb unmittelbar nach Vollendung des 62. Lebensjahres der Präsident der Reichsbahndirektion Berlin Dr. Paul Staff im Lazarus-Krankenhaus zu Berlin an den Folgen eines Schlaganfalls.

Der Reichstag tagt wieder.

Berlin. Heute Freitag tritt das Plenum des Reichstages nach den Osterferien wieder zusammen. Diese Tagung wird für das Schicksal des Parlaments insofern eine entscheidende Bedeutung gewinnen, als eine ganze Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen zu erledigen sind, wobei die Regierung über keine zuverlässige parlamentarische Mehrheit verfügt. Die ersten Tage werden mit der allgemeinen politischen Debatte ausgefüllt sein, die jedesmal anlässlich der ersten Sitzung des Reichshaushautes stattfindet. In diesem Jahre nimmt der Reichstag infolge der bekannten politischen Ereignisse die Haushaltsberatung ungewöhnlich spät vor, so daß ein Notgesetz für drei Monate vor dem 1. April gemacht werden mußte, um eine geschlossene Grundlage für die Leistung der Ausgaben zu schaffen. Dieses Notgesetz ist bis zum 30. Juni befristet, und man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Haushaltsberatung bis dahin abgeschlossen sein wird. Zwischen durch muß sich der Reichstag noch mit dem Ostprogramm befassen, dessen Entwurf in der Kabinettsitzung vom 1. Mai behandelt wird. Außerdem wird noch innerhalb des jetzt beginnenden Sitzungsdarstellung nach dem Wunsch der Regierung die Reform der Arbeitslosenversicherung in Angriff genommen werden müssen. Auch diese Materie, an deren Schwierigkeit die frühere Regierungskoalition zerfallen ist, wird den Anlaß zu äußerst scharfen parlamentarischen Auseinandersetzungen geben. Das Bild der politischen Lage wird dadurch noch weiter verschoben, daß eine genaue Voraussage über die parteipolitischen Entwicklungen einzuweisen als völlig ausgeschlossen erscheint. Wenn sich die Haltung bisher hauptsächlich im Lager der Deutschnationalen und der Demokraten bemerkbar gemacht hat, so wäre es dennoch falsch, anzunehmen, daß nicht ähnliche Erscheinungen auch in anderen Parteien vorhanden sind. An der Arbeit des Parlamentes und an den Entscheidungen, vor die die Regierung den Reichstag stellt, werden sich die Gegensätze wahrscheinlich noch mehr entzünden, als es schon heute der Fall ist. Unter diesen Umständen darf man mit einer politisch außerordentlich regen Zeit rechnen, an deren Ende möglicherweise doch noch Sommerwahlen stehen. Jedenfalls hat die Aktualität, die bisher das Kabinett Dränning entfaltete, unteres politischen Lebens gegeben, und es besteht Grund zu der Annahme, daß sich diese Wirkungen der Regierungsarbeit auf die Parteien in den nächsten Wochen noch bedeutend verstärken werden.

Aus dem Reichstag.

Berlin. (Funkpruch). Im Reichstag versammelte sich heute mittig der Reichstagsrat, um die Dispositionen für die Staatsberatung zu treffen. Die erste Sitzung des Haushaltsplanes für 1930 im Plenum des Reichstages begann heute nachmittags um 2 Uhr mit einer Rede des Reichsfinanzministers Dr. Moldenbauer. Vorher fanden noch Fraktionsberatungen statt, und zwar versammelten sich die Demokraten um 11, die Deutschnationalen um 12, Zentrum und Deutsche Volkspartei um 1 Uhr.

Die heutige Kabinettsitzung.

Berlin. (Funkpruch). Das Reichskabinett trat heute vormittag bereits um 1/10 Uhr zusammen, um die gestrigen Beratungen fortzusetzen. Wie wir bereits anknüpfen, beschäftigt es sich heute mit den laufenden geschäftlichen Angelegenheiten, dagegen steht das Problem der Döbblin nicht auf der Tagesordnung; es wird im Kabinett auch vorläufig nicht eingebracht werden.

Berlin. (Funkpruch). Das Reichskabinett hat heute vormittag nur kurze Zeit beraten und seine Sitzung dann auf heute nachmittags verlegt, da der Reichsfinanzminister gleich zu Beginn der Reichstagsitzung um 2 Uhr seine

„Graf Zeppelin“ zur Schweizer Fahrt gestartet.

St. Gallen. Heute vormittag 8.03 Uhr ließ der „Graf Zeppelin“ zu seiner Schweizer Sonderfahrt auf. Am Bord befinden sich 35 Passagiere. Die Rückkehr dürfte zwischen 16 und 17 Uhr zu erwarten sein.

Genf. (Funkpruch). Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erschien um 11.40 Uhr über der Stadt Genf und überflog das Volkshausgebäude und das internationale Arbeitsamt in nur ganz geringer Höhe. Um 11.45 Uhr verschwand das Luftschiff in nördlicher Richtung. Das Wetter war etwas neblig.

Frontsoldatenverbände und Reichsheer.

Die Frontsoldatenverbände der verschiedenen Richtungen haben seit mehr als vier Jahren im engen Einvernehmen mit ihrem Führer im Weltkrieg, dem Herrn Reichspräsidenten, an dem Plan der Errichtung eines Reichsheerwesens bei Verfa für ihre gefallenen Kameraden festgehalten. Ungeachtet dieser allgemein bekannten Tat-

stände halten wird. Die Beratungen erstrecken sich nur auf laufende Angelegenheiten. Die bereits gemeldet, ist die Döbblin vorläufig abgelehnt worden.

Ein Brief des Grafen Westarp.

Berlin. (Funkpruch). Der Reichstagsabgeordnete Graf Westarp hat an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, sowie an den Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberlohn folgendes Schreiben gerichtet: Im Auftrage der in der Anlage verzeichneten 28 Mitglieder der Deutschnationalen Reichstagsfraktion erlaube ich mir, Ihnen folgende Mitteilung zu machen: Wir können nicht anerkennen, daß die Abstimmung der Parteigrundzüge vom 12. und 14. April gegen die Parteigrundzüge oder das Parteinteresse verstoßen hat, zumal da die Fraktionsmehrheit in Fortsetzung des einstimmigen Fraktionsbeschlusses vom 1. April das von der bürgerlichen Reichsregierung unternommene, nach ausdrücklicher Feststellung der bürgerlichen Verbände der Landwirtschaft unbedingt erforderliche Werk zur Rettung dieser Grundlage der vaterländischen Wirtschaft einkauflich sicherstellt hat. Deshalb sehen wir uns genötigt, das in dem Beschlusse des Parteivorstandes vom 25. April der Fraktionsmehrheit ausgesprochene Bedauern abzulehnen.

Ferner müssen wir uns im Hinblick darauf, daß der letzte Satz des Vorstandesbeschlusses in die Einzelabstimmungen eingreift und deshalb in den durch die Parteiführung dem Vorstände beistehenden Beschlüssen nicht bekräftigt ist und in Wahrheit der durch die Verfassung den Abgeordneten auferlegten eigenen Verantwortung auch für die Zukunft die Freiheit unseres Handelns vorbehalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Hugmann, Dr. Baillie, Duxler, Döbblin, Dr. v. Degen, Franke, Fromm, Gumpel, Hartmann, Dr. Hecker, Hecker, Jander, Dr. Koch, Poppe, Rind, Reiser, Döbblin, Dr. Philipp, Dr. Rademacher, Dr. Reichel, Freiherr von Richthofen, Schmidt (Ettlin), Schröder (Weglich), Schulz (Bromberg), Staff, Dr. Straßmann, Vogt, Wallraf, Graf Westarp.

Eine Unterredung mit dem Grafen Westarp.

Berlin. (Funkpruch). Reichstagsabgeordneter Graf Westarp gewährte dem Vertreter des Nachrichtenbüros des Vereins Deutscher Zeitungsleger eine Unterredung, in der er erklärte, daß er zur Zeit der Begründung der Erklärungen, die in dem von ihm im Auftrage von 28 Fraktionsmitgliedern überreichten Schreiben enthalten sei, nichts hinzuzufügen habe. Dagegen, so fuhr er fort, möchte ich von vornherein dem Irrtum entgegenwirken, als ob die Unterzeichner der Erklärung ihrerseits gewillt seien, gewissermaßen in das Lager der Regierungsparteien einzutreten. Auch wir sind, um mit den Worten des Parteivorstandes beschlußes zu reden, durchaus der Ansicht, daß eine Unterzeichnung des Kabinetts Dränning, sowie die Mitübernahme der Verantwortung für seine Maßnahmen grundsätzlich nicht die Aufgabe der Fraktion und Partei ist. In diesem Sinne werden wir in jedem Einzelfalle unsere Entscheidung, deren Selbstständigkeit wir uns vorbehalten zu müssen glauben, darüber treffen, welche Haltung zu den einzelnen Vorstößen und Maßnahmen der Regierung einzunehmen ist. Sie wird von der Gesamtpolitik der Regierung abhängen sein. Wir sind überzeugt, daß die Fraktion auf dieser Grundlage ohne Zwang eine einseitige Politik fast aktiven Charakters treiben kann. In dieser Gesamtaufassung glauben wir auch mit anderen Fraktionsmitgliedern einig zu sein, deren ausdrückliche Zustimmung zu dem heutigen Schreiben bisher nicht vorliegt.

sache hat ein erst später ins Leben gerufener privater Reichsausschuss sich kürzlich gegen Verfa ausgesprochen. Die Frontsoldatenverbände sind nicht gewillt, sich von der sachlich reiflich erwogenen Erwählung des Fortdes Verfa abdrücken zu lassen. Nach wie vor erblicken sie im Geln von Verfa die Stätte, die ihrem Ideal am nächsten kommt, und, hierin liegt der Kernpunkt, allein den Zusammenhalt aller großen Soldatenverbände mit mehr als 6 Millionen Mitgliedern trotz der Verschiedenheit der Weltanschauung und politischer Gegensätze gewährleistet. Für sie ist der Pain von Verfa deshalb schon zu einem Symbol geworden, das sie nicht mehr preisgeben werden.

Kapitän Lohmann gestorben.

Berlin. Kapitän zur See a. D. Walter Lohmann ist, nach einer Weidung der „Deutschen Zeitung“, in Rom einem Herzschlag erlegen. Lohmann war vor seiner Verabschiedung vor mehr als zwei Jahren Leiter der Zentraltransportabteilung im Reichswehrministerium und wurde wie erinnerlich, im Zusammenhang mit den sogenannten Lohmann-Unternehmungen viel genannt.